



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 8. Mai 2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 11. Mai 2026

Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird nach der Umsetzungsvorlage zur «Förderklassen-Initiative» über zeitgemässe Governance an Berufs- und Mittelschulen diskutieren. Rasch behandelt werden dürften die Verselbstständigung einer Kantonsschule und die Schaffung einer Kinderrechtskommission. Indes waren die Liberalisierung der Vorschriften zur Lehrmittelfreiheit und die PI zur Good Governance im Universitäts- und im Fachhochschulrat bereits in der vorberatenden Kommission umstritten.

Förderklasseninitiative soll umgesetzt werden

Im März 2025 hat der Kantonsrat den Regierungsrat beauftragt, eine Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» («Förderklassen-Initiative») auszuarbeiten. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) hat den Vorschlag des Regierungsrates geprüft und beantragt nun mit 10 zu 5 Stimmen, diesen mit verschiedenen Änderungen umzusetzen ([6052](#)). Die Kommissionsmehrheit begrüsst den Vorschlag, weil die vor gut zehn Jahren eingeführte integrative Schulung für Schulen und Kinder zunehmend zum Problem werde. Mit der Umsetzung der Initiative könnten die Klassenlehrpersonen die Verantwortung für Schülerinnen und Schüler (SuS) mit besonderen Bedürfnissen für mindestens ein Semester abgeben. Diese würden in der Förderklasse von heilpädagogisch geschultem Personal individuell gefördert. Die Kommissionsmehrheit möchte die Vorlage der Regierung im Sinne der Initiative schärfen und das Angebot an besonderen Klassen und Massnahmen übersichtlich halten. Die bisherigen Kleinklassen können entfallen. Der erweiterte Lernraum soll in eine Förderklasse integriert werden können. Und schliesslich sollen die Gemeinden für erweiterte Lernräume und Förderklassen auf Mittel des Gestaltungspools zurückgreifen können. Die Minderheit der Kommission (SP, Grüne) beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie sieht keinen Grund, das System zugunsten des Förderklassensystems zu ändern, das auf vermehrte Separation setze. Mehrere Anträge gibt es zur Frage, ob die Flexibilität bei der Handhabung der besonderen Förderung den pädagogischen Ansprüchen der verschiedenen Segmente von SuS gerecht werden kann: Eine Minderheit (SP, Grüne, EVP) möchte die Kleinklassen beibehalten und rät dringend davon ab, SuS mit unterschiedlichsten pädagogischen Bedürfnissen gemeinsam in einer Förderklasse zu unterrichten. Sie lehnt auch die Möglichkeit einer Zusammenlegung des erweiterten Lernraums mit einer Förderklasse ab. Das bringe grosse Unruhe. Die Mehrheit möchte hingegen kleineren Gemeinden die Möglichkeit eröffnen, eine Förderklasse auszulasten. Für eine weitere Minderheit (SP, Grüne, EVP, Mitte) ist eine integrierte Sonderschulung in einer separierten Förderklasse ein Widerspruch in sich. Die Mehrheit hingegen will gesetzlich sicherstellen, dass auch Kinder mit integrierter Sonderschulung in einer Förderklasse unterrichtet werden können.

Kommissionsvizepräsident: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

Kommissionsmehrheit: Nadia Koch (GLP, Rümlang), 079 461 37 55

Minderheit: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Zeitgemässe Governance für Berufs- und Mittelschulen

Das Mittelschul- und Berufsschulgesetz soll im Sinne einer zeitgemässen Governance geändert werden. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, entsprechende Gesetzesänderungen zu verabschieden ([5989](#)). Gegenüber der Vorlage der Regierung fordert die KBIK drei wesentliche Änderungen: Die Rolle der Schulkommission soll bei der Wahl von Schulleitungsmitgliedern gestärkt werden, indem die Findungskommission durch die Schulkommission bestellt wird. Mitglieder der pädagogischen Schulleitung sollen nicht zum Unterrichten verpflichtet sein. Und Mitglieder der Schulkommissionen sollen keiner Amtszeitbe-

schränkung unterliegen. Die Minderheit der Kommission (Grüne, SP) beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Mit dem Verzicht auf die Amtszeitbeschränkung und die Verpflichtung zum Unterrichten für pädagogische Schulleitungen überschreitet die Vorlage für sie rote Linien. Dass die Amtszeit auch für Mitglieder der Schulkommissionen nicht beschränkt wird, war ein weiterer Grund für die Minderheit, Nicht-Eintreten zu beantragen.

Kommissionsvizepräsident: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58
Minderheit SP: Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 079 511 86 56

Filiale Hohlstrasse soll zur Kantonsschule Aussersihl werden

Keine lange Diskussion ist zu einer organisatorischen Änderung bei der Kantonsschule Wiedikon zu erwarten. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) folgt einstimmig dem Antrag des Regierungsrates, die Filiale Hohlstrasse der Kantonsschule Wiedikon zur Kantonsschule Aussersihl (KAS) zu verselbständigen ([6056](#)). Das Einzugsgebiet der Kantonsschule Wiedikon verzeichnet ein starkes Bevölkerungswachstum, sodass die Filiale Hohlstrasse bereits im Schuljahr 2027/28 mit 1700 Schülerinnen und Schülern voll ausgelastet sein wird. Das Bildungsangebot der Filiale unterscheidet sich klar von jenem der Kantonsschule Wiedikon. Die Umsetzung der laufenden Maturitätsreform beginnt im Schuljahr 2029/2030, damit könnte der pädagogische Aufbau der KAS zu einem günstigen Zeitpunkt an die Hand genommen werden.

Kommissionsvizepräsident: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

«Kinderrechtskommission» soll UN-Kinderrechtskonvention umsetzen

Gestützt auf eine Petition des kantonalen Jugendparlaments hat die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) vor sechs Jahren ein Postulat eingereicht, mit dem Auskunft darüber gewünscht wurde, wie die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Kanton Zürich sichergestellt wird. Der Kantonsrat überwies in der Folge das Postulat an den Regierungsrat. Dieser anerkannte, dass es bei der Umsetzung der Kinderrechte Lücken gab und schlug vor, eine «Kinderrechtskommission» zu schaffen, die Kinder- und Jugendrechte gewährleistet. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) ist diesem Vorschlag gefolgt und beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Kinder- und Jugendhilfegesetz entsprechend anzupassen ([6038](#)). Die Kinderrechtskommission erhält einen umfassenden, den heutigen Begebenheiten angepassten Auftrag und löst die beiden bisher in je einem Teilbereich des Kinderschutzes tätigen Kommissionen ab: die Jugendhilfekommission und die Kinderschutzkommission. In Abweichung zum Vorschlag des Regierungsrates beantragt die KBIK für die Kommission eine maximale Mitgliederzahl von 11 Personen. Die KBIK-Mehrheit ist der Meinung, dass die Kinderrechtskommission dadurch operativ wirksamer wird und Fachpersonen Inputs auch durch Delegation einbringen könnten. Die Minderheit (SP, Grüne) folgt dem Antrag der Regierung auf maximal 15 Mitglieder. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Fachspezialisten direkt in der Kommission mitwirken könnten.

Kommissionsvizepräsident: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58
Minderheit: Lejla Salihu (SP, Winkel), 076 459 51 75

Lehrpersonen sollen mehr Freiheit bei der Wahl der Lehrmittel erhalten

Lehrpersonen sollen künftig geeignete Lehrmittel aus einer Liste auswählen können. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die Vorschriften zu den Lehrmitteln zu liberalisieren ([KR-Nr. 19/2022](#)). Die Forderung geht auf eine parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois zurück, mit der eine «geleitete Lehrmittelfreiheit» gefordert wurde. Eine knappe Mehrheit der Kommission sieht keinen Grund für das Beibehalten obligatorischer Lehrmittel in den Kernfächern. Andere Kantone könnten sehr gut mit einer geleiteten Wahlfreiheit umgehen. Diese garantiere durch Vielfalt der Lehrmittel einen Qualitätswettbewerb und gestatte den Lehrpersonen, das für ihre spezifische Schulsituation geeignetste zu wählen. Nachdem mit HarmoS und dem Lehrplan die Ziele für die obligatorische Schule harmonisiert worden seien, sei der Anschluss an andere Schulen und Schulstufen garantiert. Eine Gefährdung des Zürcher

Lehrmittelverlags (LMVZ) durch die neue Regelung sieht die Kommissionsmehrheit nicht. Die Minderheit der Kommission (SP, Grüne, Mitte, EVP) beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Neuregelung bringe keine Vorteile. Die Lehrpersonen hätten heute schon die Freiheit, zusätzliche Lehrmittel zu verwenden. Die bisherige Lösung garantiere den Anschluss bei Klassen- und Stufenwechsel durch das Verwenden derselben Lehrmittel. Es gebe in der Deutschschweiz keinen freien Markt, sondern ein Oligopol. Werde der LMVZ durch den Wegfall des Obligatoriums bei den Lehrmitteln für Kernfächer geschwächt, leiste das einer Monopolisierung Vorschub.

Kommissionsvizepräsident: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58
Minderheit: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Keine gesetzliche Änderung der Governance im Universitäts- und Fachhochschulrat

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die eigenen parlamentarischen Initiativen (PI) betreffend «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Ersten – im Universitätsrat» ([KR-Nr. 169/2024](#)) und «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Zweiten – im Fachhochschulrat» ([KR-Nr. 170/2024](#)) abzulehnen. Mit den PI hatte die KBIK ursprünglich für den Universitäts- und den Fachhochschulrat eine moderne Governance gefordert. Insbesondere sollten Vorstehende der Bildungsdirektion (BI) nicht mehr das Ratspräsidium übernehmen dürfen. Die Kommissionsmehrheit lehnt die PI nun aber ab, da es wegen der Vertretung in eidgenössischen und interkantonalen Gremien sinnvoll sei, dass Vorstehende der BI weiterhin im Universitäts- und im Fachhochschulrat vertreten seien. Das System funktioniere gut, und eine andere Besetzung des Präsidiums sei bereits jetzt möglich. Der Preis einer Änderung im Verhältnis zum Nutzen sei zudem zu hoch, weil neu das Präsidium entschädigt und das Aktariat aus der Bildungsdirektion ausgelagert werden müsste. Der Kommissionsminderheit (GLP, SP, Grüne) ist es wichtig, dass der heutige Interessenkonflikt gesetzlich gelöst wird. Das Präsidium eines wichtigen Gremiums dürfe nicht zwei Hüte tragen. Den Mehraufwand würde die Minderheit in Kauf nehmen.

Kommissionsvizepräsident: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58
Minderheit: Nadia Koch (GLP, Rümlang), 079 461 37 55

Wahl von Ersatzmitglied Berufsbildungskommission genehmigen

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er die Wahl von Christian Zehnder in die Berufsbildungskommission genehmigen, wie es die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) mit 12 zu 3 Stimmen beantragt ([6067](#)). Christian Zehnder wurde Anfang Jahr vom Regierungsrat als Vertreter der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeber für den Rest der Amtsdauer 2023–2027 für die aus der Kommission ausgeschiedene Anne Koller-Dolivo gewählt. Die Minderheit der Kommission (SP) genehmigt die Wahl wegen des für sie zu unausgewogenen Geschlechterverhältnisses nicht.

Kommissionsvizepräsident: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58
Minderheit: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch